

## **Kleine Anfrage 2452**

des Abgeordneten Péter Vida  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Sicherung der Grundversorgung im ländlichen Raum**

Mit der Wende hat sich der Staat in Form von Konsum bzw. HO aus der Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum zurückgezogen. Über einige Jahre haben Privatpersonen noch versucht, diese Läden weiterzuführen, mussten allerdings in der Vergangenheit immer mehr aufgeben, da sie nicht kostendeckend mit einem auskömmlichen Gewinn arbeiten konnten. Gründe hierfür waren oft die hohen Mieten für die Räumlichkeiten. Alternativ haben einige Händler versucht, mit mobilen Verkaufseinrichtungen die Bevölkerung im ländlichen Raum weiter zu versorgen, was am Ende dann auch aus Kostengründen gescheitert ist. Aktuelles Beispiel ist die Einstellung des FRISCHEMOBIL in den Landkreisen Barnim und Uckermark. Die Praxis zeigt leider, dass solche Einrichtungen mit den Preisen bei ihren Produkten nicht mithalten können. Hinzu kommt, dass solche alternativen Verkaufseinrichtungen nur von wenig mobilen Bürgern (Ältere, sozial Schwache ohne Auto) in Anspruch genommen werden, was für den Umsatz nicht gerade förderlich ist. Aber gerade diesem Personenkreis im ländlichen Raum muss unsere Fürsorge bzw. Daseinsvorsorge gelten. Das war auch im leider außer Kraft getretenen Vorschaltgesetz zum Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsprogramm für das Land Brandenburg vom 06.12.1991 in § 3 Ziffer 2 S. 3, 4 konkret geregelt: *„Die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum ist grundsätzlich durch ortsfeste Infrastrukturen sicherzustellen. Bei sehr geringer Tragfähigkeit ist ein ausreichendes Angebot mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen durch Verknüpfung verschiedener Einrichtungen zu schaffen. Darüber hinaus soll ein vielfältiges Angebot durch ein Netz mobiler Versorgungssysteme gewährleistet werden“*. Das Land hat sich hier aus seiner Verpflichtung zur Grundversorgung und somit zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum von der Öffentlichkeit fast unbemerkt in weiten Teilen zurückgezogen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde der zitierte Passus ersatzlos außer Kraft gesetzt?
2. Mit welchen kommunalen Entscheidungsträgern war dieses Vorgehen abgestimmt bzw. gab es hierzu Beteiligungen irgendeiner Art?
3. Wie will das Land seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge bestimmter Bevölkerungsgruppen und deren Anrecht auf Verwirklichung gleichwertiger

Lebensverhältnisse nachkommen? Ich verweise hierzu auch auf die § 1 Abs. 2 und § 2 des Raumordnungsgesetzes.

4. Welche Auswirkungen wird die geplante Kreisgebietsreform auf die Versorgungssituation der geschilderten nichtmobilen Bevölkerungsgruppe haben?